



2018 /

Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte / **friedensgutachten**

bicc Bonn
International Center
for Conversion

PRIF  **HSFK**

Institut für
Entwicklung
und Frieden
INEF

 **IFSH**
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

PRESSEMITTEILUNG

Institute stellen Friedensgutachten 2018 vor

„Kriege ohne Ende“: Wissenschaftler fordern von Bundesregierung
mehr Diplomatie und weniger Rüstungsexporte

Berlin, 12. Juni 2018. Am 12. Juni um 9:30 Uhr haben die führenden deutschen Friedensforschungsinstitute auf der Bundespressekonferenz in Berlin das Friedensgutachten 2018 vorgestellt. Sie fordern von der Bundesregierung mehr Diplomatie und restriktive Rüstungsexporte. Die gemeinsame Jahrespublikation des BICC (Bonn International Center for Conversion), des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) analysiert aktuelle Gewaltkonflikte, zeigt Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und gibt Empfehlungen für die Politik. 2018 erscheint das Friedensgutachten in einem neuen Format und Design, mit einer neuen Kapitelstruktur und noch pointierteren Empfehlungen.

Forderungen an die Bundesregierung

Unter der Überschrift „Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie, weniger Rüstungsexporte“ analysieren Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher der beteiligten Institute aktuelle Krisen und bewaffnete Konflikte weltweit. Die Analysen münden in thesenartig formulierten Forderungen für eine präventiv und nachhaltig angelegte Friedenssicherung, die auch Zwangsinstrumente einsetzen kann, wenn sie völkerrechtlich eindeutig legitimiert sind. Eine der zentrale Forderungen ist: *„Die Bundesregierung sollte ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen. Genehmigungen für Exporte an Kriegsparteien im Jemen müssen widerrufen werden. Lieferungen an die Türkei sind zu unterbrechen, solange die Türkei völkerrechtswidrig agiert.“*

Der Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran über die friedliche Nutzung von Kernenergie bedeutet nicht nur einen Angriff auf den Multilateralismus, sondern auch auf das Grundprinzip „pacta sunt servanda“ (Verträge sind einzuhalten). Das Friedensgutachten plädiert für eine selbstbewusste EU-Diplomatie, bei der Deutschland in erster Reihe steht: *„Die Bundesregierung muss gemeinsam mit ihren Partnern Strategien ausloten, wie sich der Schaden des US-Vorgehens für die internationalen Beziehungen begrenzen lässt.“* Das Sonderkapitel „Fokus“ nimmt aus aktuellem Anlass den Nahen und Mittleren Osten als Konfliktregion in den Blick. Gerade hier müsse Deutschland eine proaktive diplomatische Rolle einnehmen und „Netzwerke in der Region noch stärker nutzen, um Gesprächskanäle zwischen verfeindeten Gruppen zu öffnen und eine moderierende Rolle einnehmen“, so die Empfehlung der Autorinnen und Autoren.

Das Friedensgutachten thematisiert zudem die Menschenrechte und fordert: *„Die deutsche Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der Türkei darf nicht mit der Freilassung einiger Staatsbürger verstummen.“* Auch die EU-Kooperation im Bereich der Migrationspolitik mit Ägypten, Äthiopien, Libyen oder dem Tschad dürfe nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen.

Weitere Empfehlungen betreffen darüber hinaus die Interventionen in Afghanistan, die Beteiligung an UN-Friedensoperationen oder die Gestaltung von Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Veranstaltungen

Im Anschluss an die Bundespressekonferenz stellen die Institute das Friedensgutachten in Berlin bei Ministerien, dem Kanzleramt, bei Bundestagsausschüssen und Fraktionen der Parteien vor. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie zu Berlin findet am 12. Juni ein öffentliches Abendforum in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürgern sind zum politischen Dialog eingeladen. Weitere Informationen unter <http://www.eaberlin.de/seminars/data/2018/pol/das-friedensgutachten-2018-n>

Neues Friedensgutachten

Seit 1987 veröffentlichen die deutschen Friedensforschungsinstitute das Friedensgutachten als zentrales Medium für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Mit seinen klaren Empfehlungen transferiert das Friedensgutachten wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Handlungsanweisungen. Interdisziplinäre Autorentams aus Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Physik und Regionalwissenschaften arbeiteten gemeinsam an den Kapiteln und brachten dabei verschiedene Blickwinkel ein. In seinem 31. Erscheinungsjahr wurde das Format und das Design des Friedensgutachtens komplett überarbeitet. Es gliedert sich nun in die fünf jährlich wiederkehrenden Themenfelder „Bewaffnete Konflikte“, „Nachhaltiger Frieden“, „Rüstungsdynamiken“, „Institutionelle Friedenssicherung“ und „Transnationale Sicherheitsrisiken“. Im zusätzlichen Kapitel „Fokus“, wird ein Thema des aktuellen Konfliktgeschehens tiefergehend beleuchtet. Das Friedensgutachten wird von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert.

Alle Kapitel des Friedensgutachten 2018 stehen unter www.friedensgutachten.de zum Download zur Verfügung. In der Printversion erscheint es im LIT-Verlag und ist unter der ISBN-Nummer 978-3-643-14023-4 für 12,90 Euro im Buchhandel erhältlich.

Weitere Informationen und die zentralen Empfehlungen des Friedensgutachtens unter www.friedensgutachten.de/presse

KONTAKT

Vera Klopprogge

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Baseler Str. 27–31
60329 Frankfurt am Main
Tel: 069 959104-13
Mobil: 0163 7818460
E-Mail: klopprogge@hsfk.de

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2018